

A. GESCHÄFTSVERTEILUNG

I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über
 - a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
 - b) Kusterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsg v. 28. September 1933) einschließlich von Schadensersatzansprüchen,
 - c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse,
 - d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - e) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent-, Gebrauchsmuster-, Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen;
- 3) die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes).

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) a) die Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst SeemannsO vom 2. Juni 1902, SeemannsG vom 26. Juli 1957 und StrandungsO vom 17. Mai 1874 § 44),
 - b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschliesslich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen),
 - c) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschliesslich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluß-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
 - d) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke,
 - e) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffen (ZVG §§ 162 ff);

- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschliesslich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
 - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, einretragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 o),
 - d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse;
- 7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z.B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);
- 8) die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,
 - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
 - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt;
- 9) die Entscheidungen nach §§ 9, 14, 28, 31 der 1. DV-AktG vom 29. September 1937.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1) die Rechtsstreitigkeiten über

a) Schadensersatzansprüche

- aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses,
- bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),
- cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG,
- dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
- ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Strassenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Strassen,

b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;

2) die Rechtsstreitigkeiten über

a) Ansprüche auf Entschädigung wegen

- aa) Enteignung und enteignungsgleichen Eingriffs,
- bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
- cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,

b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1);

3) die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960,

4) die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO) sowie § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung und § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes;

5) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;

6) die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;

- 7) die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt;
- 8) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist, einschliesslich Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371 nF);
- 2) die Entscheidungen in Fällen des § 28 EGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
- 3) die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungs-sachen zusammenhängen;
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
- 6) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmässigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschliesslich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschliesslich Vorkaufs und Wiederkaufs),
 - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),

- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vor-kaufarechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücks- gleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903-910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht, soweit nicht der IV. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 c), einschliesslich von Erbschaftskäufen,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
 - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschliesslich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschliesslich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbe- amten in Grundbuchsachen einschliesslich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
 - l) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
 - m) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59),
 - n) Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1), sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
- 3) die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, sofern es sich um Nachlasssachen handelt,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der III. Zivilsenat (III 1 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c, i und k) zuständig ist, sowie Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,

- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des II. Zivilsenats (Nr. 2) gehörenden Frachtverträge über Güter,
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind,
- d) Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 1 b), der II. Zivilsenat (Nr. 4 b), der III. Zivilsenat (Nr. 1 a dd) oder der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) zuständig ist,

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (a) zuständig ist,
 - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662-676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 bis 687), soweit nicht der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 7);
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 5 c und d) zuständig ist;
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
- 7) die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 8), der IV. Zivilsenat (Nr. 2) oder der V. Zivilsenat (Nr. 3a) zuständig ist.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist.

- b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
- c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
- d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
- e) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Mäkler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmäkler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;

2) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809-811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 b) zuständig ist,
- b) Ansprüche aus Niessbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;

3) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss der §§ 767 - 769 ZPO),
- b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
- c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und ausserhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; Anfechtungsg), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;

- 4) die Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird.

II. S t r a f s e n a t e

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart;
- 2) die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl I 298).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Düsseldorf (ohne die Landgerichte Kleve und Mönchen-Gladbach), Frankfurt am Main und Köln;
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 Zuständigkeitsergänzungsg vom 7. August 1952, BGBl III 310-1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.
- 3) Der 2. Strafsenat ist zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen (WiPrO § 74) sowie Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen (StBeratG § 53).

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

- 1 a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG bezeichnet sind;
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG bezeichneten Straftaten betreffen;
- 2 a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG bezeichnet sind, soweit nicht der 5. Strafsenat zuständig ist (dort Nr. 3),
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirks des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigungen (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, GVBl 417) betreffen;

- 3 a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichts Hamm sowie der Landgerichte Kleve und Mönchen-Gladbach aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf;
- 2) die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
- 3) die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirks des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, GVBl 417) betreffen;
- 3) die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen der Gerichte in der Bundesrepublik, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl 417, handelt;
- 4) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Massnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Massregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

III. G r o ß e S e n a t e
(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Grossen Senates für Zivilsachen, des Grossen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Grossen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

IV. K a r t e l l s e n a t
(nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

V a. D i s z i p l i n a r s e n a t
bis 30. 6. 1962 - (nachrichtlich)

Der Disziplinarsenat nach § 110 BDO ist kraft Gesetzes für das förmliche Verfahren gegen ein Mitglied der oberen Bundesgerichte oder gegen ein nach § 121 Abs. 1 Satz 1 der Reichshaushaltsordnung unabhängiges Mitglied des Bundesrechnungshofes zuständig.

V b. D i e n s t g e r i c h t d e s B u n d e s
ab 1. 7. 1962 - (nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

VI. S e n a t f ü r A n w a l t s s a c h e n
(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VII. S e n a t f ü r N o t a r s a c h e n
(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten

zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i.V.m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VIII. Senat für Wirtschaftsprüfersachen
(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

IX. Senat für Steuerberater- und
Steuerbevollmächtigtensachen
(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

Schlusss Bestimmungen
zur Geschäftsverteilung

- I. Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmässig erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmässig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozess, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- Die Übergangsregelung vom 1. Oktober 1956 gemäß den Beschlüssen des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9 bleibt unberührt.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, vom 25. März 1952 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

Die Übergangsregelung vom 1. Oktober 1956 gemäß den Beschlüssen des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9 bleibt unberührt.

- VII. Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.
- VIII. Bei den Senaten anhängige, von Änderungen des Geschäftsverteilungsplanes betroffene Sachen gehen auf den nunmehr zuständigen Senat über, soweit sie seit dem 1. Januar 1961 eingegangen sind, es sei denn, dass bis zum 31. Dezember 1961 Termin bestimmt ist.

B. B E S E T Z U N G D E R S E N A T E

=====

(Stand vom 1. Januar 1962)

I. Z i v i l s e n a t e

I. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichterin

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Professor Dr. Wilde

Dr. Bock (stellv. Vorsitzender)

Dr. Krüger-Nieland

Dr. Spreng

10 Dr. Löscher (in erster Linie KS) 1

Dr. Jungbluth (in erster Linie KS) 2

Pehle

Dr. Spengler (in erster Linie An-
waltssenat und Notar-
senat) H. E. W. 1)

Ebel

Claßen

II. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Dr. Nastelski

7 Dr. Fischer, Robert (stellv. Vor-
sitzender außer-
dem KS) a. K. (3)

Dr. Kuhn

Dr. Nörr

Dr. Haager

Liesecke

Dr. Reinicke

III. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

8 Dr. Pagendarm

Dr. Kreft (stellv. Vorsitzender)

Dr. Arndt

Dr. Beyer

Dr. Hußla

Gähtgens

Kessler

Schäfer

IV. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Ascher

Rasko (stellv. Vorsitzender)

Johannsen

Wüstenberg

Maaß

Wilden

Dr. Loewenheim

Dr. Graf

V. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Dr. Tasche

Dr. Hückinghaus (stellv. Vorsitzender)

Dr. Augustin (in erster Linie KS) 4

Schuster

Dr. Piepenbrock

Dr. Rothe

Dr. Freitag

Dr. Mattern

Offterdinger (in erster Linie KS) 5

VI. Zivilsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Bundesrichter

Dr. Engels

Dr. Kleinewefers (stellv. Vorsitzender;
außerdem Anwalts-
senat) a H

Dr. Meyer, Karl

Hanebeck

Dr. Bode

Dr. Hauss

Meyer, Heinrich

Dr. Pfretzschner

VII. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
• Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Bundesrichter

Glanzmann

Dr. Winkelmann (stellv. Vorsitzender)

Rietschel

Dr. Heimann-Trosien

8 Erbel

Meyer, Hubert

Dr. Vogt (in erster Linie Anwaltssenat
und Notarsenat) H. G. N. 2)

Dr. Finko

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Haidinger

Dr. Gelhaar (stellv. Vorsitzender)

Artl

7 Dr. Spieler

Dr. Dorschel

Dr. Mezger

Dr. Messner

05

II. S t r a f s e n a t e1. Strafsenat

Senatspräsident

Dr. Geier

Bundesrichter

Dr. Seibert (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Dr. Willms

Bundesrichter

Dr. Hübner (in erster Linie KS)

Bundesrichter

Fischer, Friedrich

Bundesrichter

Mai

Bundesrichter

Dr. Sanders

2. Strafsenat (zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen sowie
Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen)

Senatspräsident

Dr. Baldus

Bundesrichter

Dr. Dotterweich (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Scharpenseel (außerdem 3. StS)

Bundesrichter

Dr. Menges

Bundesrichter

Kirchhof (in erster Linie Anwaltssenat
und Notarsenat)

Bundesrichter

Meyer, Gerd

3. Strafsenat

Senatspräsident

Dr. Jagusch

Bundesrichter

Weber, Kurt (stellv. Vorsitzender)

Bundesrichter

Scharpenseel (in erster Linie 2. StS)

Bundesrichter

Dr. Wiefels

Bundesrichter

Dr. Hengsberger

Bundesrichter

Dr. Faller

Bundesrichter

Dr. Schumacher

Bundesrichter

Dr. Weber, Reinhold

4. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichterin
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Rotberg
Krumme (stellv. Vorsitzende)
Dr. Sauer
Martin
Professor Dr. Lang-Hinrichsen
Dr. Flitner
Börtzler (in erster Linie Anwaltssenat
und Notarsenat)

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichterin
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Sarstedt
Dr. Koffka (stellv. Vorsitzende)
Schmidt, Adolf
Siemer
Schmitt, Rudolf
Dr. Börker
Mayr, Christian

III. G r o s s e S e n a t e 1961 - 1962

Zivilsachen

| Mitglieder | Vertreter |
|--|--|
| Senatspräsident Dr. Haidinger (VIII. ZS) | Bundesrichter Artl (VIII. ZS) |
| Bundesrichter Johannson (IV. ZS) | Senatspräsident Ascher (IV. ZS) |
| Bundesrichter Dr. Fischer, Robert (II. ZS) | Senatspräsident Dr. Nastolski (II. ZS) |
| Bundesrichter Schuster (V. ZS) | Bundesrichter Dr. Augustin (KS und V. ZS) |
| Bundesrichterin Dr. Krüger-Nieland (I. ZS) | Bundesrichter Jungbluth (KS und I. ZS) |
| Bundesrichter Dr. Heimann-Trosien (VII. ZS) | Bundesrichter Rietschel (VII. ZS) |
| Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS) | Senatspräsident Dr. Pagendarm (III. ZS) |
| Bundesrichter Dr. Hauss (VI. ZS) | Bundesrichter Hanebeck (VI. ZS) |

Strafsachen

| Mitglieder | Vertreter |
|---|---|
| Senatspräsident Dr. Geier (1. StS) | Senatspräsident Dr. Rotberg (4. StS) |
| Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS) | Bundesrichter Scharpenseel (2. StS) |
| Senatspräsident Sarstedt (5. StS) | Bundesrichterin Dr. Koffka (5. StS) |
| Senatspräsident Dr. Jagusch (3. StS) | Bundesrichter Dr. Hengsberger (3. StS) |
| Bundesrichter Martin (4. StS) | Bundesrichter Hübner (KS) |
| Bundesrichter Schmitt, Rudolf (5. StS) | Bundesrichter Dr. Dotterweich (2. StS) |
| Bundesrichter Weber, Kurt (3. StS) | Bundesrichter Dr. Dotterweich (2. StS) |
| Bundesrichter Professor Dr. Lang-Hinrichsen (4. StS) | Bundesrichter Dr. Willms (1. StS) |

IV. K a r t e l l s e n a t

| | | |
|-----------------------------------|---|----|
| Präsident des Bundesgerichtshofes | Dr. Heusinger | 1 |
| Bundesrichter | Dr. Augustin (stellv. Vorsitzender; außerdem V. ZS) | 2 |
| Bundesrichter | Dr. Fischer, Robert (in erster Linie II. ZS) | 2) |
| Bundesrichter | Dr. Hübner (außerdem I. StS) | — |
| Bundesrichter | Dr. Löscher (außerdem I. ZS) | 3 |
| Bundesrichter | Jungbluth (außerdem I. ZS) | 4 |
| Bundesrichter | Hill (außerdem Anwaltsenat) | 5 |
| Bundesrichter | Offterdinger (außerdem V. ZS) | 6 |

V a. D i s z i p l i n a r s e n a t (bis zum 30. Juni 1962)

Die Besetzung des besonderen Disziplinarsenats beim Bundesgerichtshof ist in § 110 Bundesdisziplinarordnung geregelt.

V b. D i e n s t g e r i c h t d e s B u n d e s (ab 1. Juli 1962)

Über die Besetzung des Dienstgerichts des Bundes wird bis zum 30. Juni 1962 beschlossen werden.

VI. S e n a t f ü r A n w a l t s s a c h e n

| | | |
|---|--|---|
| Vorsitzender (kraft Gesetzes): | Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Heusinger | 1 |
| Stellvertretender Vorsitzender: | Senatspräsident Glanzmann (VII. ZS) | 2 |
| Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes: | Bundesrichter Dr. Spengler (außerdem I. ZS) | 3 |
| | Bundesrichter Dr. Vogt (außerdem VII. ZS) | 4 |
| | Bundesrichter Kirchhof (außerdem 2. StS) | — |
| | Bundesrichter Börtzler (außerdem 4. StS) | — |
| Vertreter: | Bundesrichter Dr. Kleinevofers (in erster Linie VI. ZS) | a |
| | Bundesrichter Hill (in erster Linie KS) | a |

6(4)

VII. Senat für Notarsachen (nachrichtlich)

Durch Beschluß des Präsidiums vom 13. März 1961 sind für die Zeit vom 1. April 1961 bis zum 31. März 1965 bestellt worden:

| | | |
|--|-------------------------------|---|
| Zum Vorsitzenden: | Senatspräsident Glanzmann | 1 |
| zum Stellvertreter des Vorsitzenden: | Senatspräsident Dr. Pagendarm | a |
| zu richterlichen Beisitzern: | Bundesrichter Dr. Spengler | 2 |
| | Bundesrichter Börtzler | - |
| zu Vertretern der richterlichen Beisitzer: | Bundesrichter Dr. Vogt | 3 |
| | Bundesrichter Kirchhof | - |

— 4 (3)

VIII. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Als Senat für Wirtschaftsprüfersachen entscheidet der 2. Strafsenat.

IX. Senat für Steuerberater- und
Steuerbevollmächtigtensachen

Als Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen entscheidet der 2. Strafsenat.

V E R T R E T U N G

=====

und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

- I. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung der Großen Senate und des Disziplinarsenates geht allen anderen Anforderungen vor.

II. a) Vertretung in den Zivilsenaten

- 1) Die Mitglieder des Kartollsenates werden von den Mitgliedern des I. Zivilsenates, die Mitglieder des I. Zivilsenates von denen des II. Zivilsenates, die Mitglieder des II. Zivilsenates von denen des Kartollsenates vertreten. Es vertreten sich gegenseitig jeweils die Richter des III. und VI. Zivilsenates, des IV. und V. Zivilsenates und des VII. und VIII. Zivilsenates.
- 2) In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmässigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

- 1) Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. durch die des 1. Strafsenates vertreten.
- 2) Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- 3) Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, sovielo Mitglieder des Senates gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, dass der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- 4) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

A N H A N G

=====

zum Geschäftsverteilungsplan

A. Sitzungstage und Sitzungssäle

| | | | | |
|---|---------------|--|--------------|--------|
| I. Zivilsenat | Sitzungstage: | Dienstag, Freitag | Sitzungssaal | H 223 |
| II. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | | H 122 |
| III. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | | W 411 |
| IV. Zivilsenat | | Mittwoch, Freitag | | H 123 |
| V. Zivilsenat | | Dienstag, Mittwoch | | H 222 |
| | | Freitag | | H 222 |
| VI. Zivilsenat | | Dienstag, Freitag | | W 512 |
| VII. Zivilsenat | | Montag, Donnerstag | | W 512 |
| VIII. Zivilsenat | | Montag | | H 123 |
| | | Mittwoch | | W 512 |
| 1. Strafsenat | Sitzungstage: | Dienstag | Sitzungssaal | W 411 |
| | | Donnerstag | | H 123 |
| 2. Strafsenat | | | | |
| (zugleich Senat für Wirtschafts- prüfersachen sowie Steuerbe- rater- und Steuerbevollmächtigten- sachen) | | | | |
| | Sitzungstage: | Montag | | H 222 |
| | | Mittwoch | | H 122 |
| 3. Strafsenat | | Mittwoch (Revisionsver- handlungen) | | W 411 |
| 4. Strafsenat | | Mittwoch | | H 223 |
| | | Freitag | | W 411 |
| 5. Strafsenat | | Dienstag, Freitag | | Berlin |
| Kartellsenat | Sitzungstag: | Donnerstag | Sitzungssaal | H 223 |
| Anwaltssenat und Notarsenat | Sitzungstag: | Montag | Sitzungssaal | H 223 |

Ergänzend wird auf die seinerzeit allen Senatspräsidenten und Bundesrichtern zugeleitete Verfügung vom 11. Juli 1960 hingewiesen, in der die Senate gebeten worden waren, einzelne für jeden Senat angegebene Sitzungstage nach Möglichkeit wegfällen zu lassen.

B. G e s c h ä f t s o r d n u n g

(Auszug)

§ 1

S e n a t e

- (1)
- (2)
- (3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschliesslich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

P l e n u m

Vor das Plenum gehören die Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes und ihre Änderung und Ergänzung (§ 140 GVG) sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3

P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschließt in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4

P r ä s i d e n t

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Großen Senate, der Vereinigten Großen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.
- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nichtrichterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der nichtrichterlichen Angehörigen und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinarischen Maßnahmen gegen die richterlichen Mit-

glieder des Bundesgerichtshofs soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um bloße Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen, soll er das Präsidium hören.

- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung, in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

§ 5

V e r t r e t u n g d e s P r ä s i d e n t e n

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

§ 6

G u t a c h t e n

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Großen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Großen Senate oder das Plenum.

§ 7

S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Großen Senate und der Vereinigten Großen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.
- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernannt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäß anzuwenden
 1. Bei Berufungen in Patentsachen,
 2. bei Beschwerden, die gemäß § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäß § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
 3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
 4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

§ 9

G r o ß e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluss auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate.

- (2) Der Vorsitzende des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Generalbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.
- (3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Großen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.
- (4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Generalbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Generalbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.
- (5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.
- (6) Die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.